



29. April 2016

Ausgabe 04/2016

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

in der Koalition rumort es, denn es hakt an einigen Stellen. Zwar gibt der Koalitionsvertrag die Richtung für unsere Zusammenarbeit vor und gerade wir konnten in den ersten beiden Jahren viel umsetzen. Aber in letzter Zeit gestaltet sich eine Einigung zunehmend schwieriger. So blockiert die CDU die Reform der Erbschaftssteuer, die Regelung von Leiharbeit und Werkverträgen, die Einführung eines Fracking-Verbotes sowie die vernünftige Ausgestaltung der Förderung des Mietwohnungsbaus. Nach außen gibt das kein gutes Bild ab und sowohl SPD als auch Union verlieren in den Umfragen an Zustimmung.

Zudem gerät das Erreichte schnell in Vergessenheit und die geschlossenen Kompromisse sind manchmal nur schwer zu vermitteln. Deshalb muss die SPD meines Erachtens ihre Forderungen noch klarer formulieren und besser transportieren.

Fracking verbieten

Nach heutigem Stand ist die Förderung von Schiefer- und Kohlegas, bei der Gesteinsschichten unter hohem Druck mit Wasser und Chemikalien aufgebrochen werden, nicht verantwortbar. Die Risiken des sogenannten Frackings für Mensch und Umwelt sind zu groß. Deshalb unterstütze ich die Regelung, die bei uns in NRW gilt: Generell gibt es keine Erlaubnis für den Einsatz der umstrittenen Methode.

Die Große Koalition hat bereits zahlreiche Verschärfungen beim Fracking vereinbaren können. Ein entsprechender Gesetzentwurf sollte in dieser Sitzungswoche im Parlament diskutiert werden. Die CDU entschied sich jedoch einen Tag vor der Abstimmung anders. Der Entwurf wurde zurückgezogen. Das nahm die Opposition zum Anlass, mit eigenen Anträgen ein generelles Verbot von Fracking zu fordern.

Allerdings verzichteten Linke und Grüne auf eine Debatte, was an der Ernsthaftigkeit ihres Anliegens zweifeln lässt. Das Thema ist zu komplex, die Folgen zu schwerwiegend, als dass man hier rein taktisch handeln sollte. Ich

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

bin für ein Verbot von Fracking. Aber ich setze auf einen Gesetzentwurf unserer Koalition, der eine breitere Unterstützung im Parlament erhält. Deshalb habe ich mich bei der Abstimmung der Oppositionsanträge enthalten.

Sexualstrafrecht wird verschärft

Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht haben deutlich gemacht, was wir in der SPD schon lange gesehen haben: Es gibt Gesetzeslücken, wenn es um den Schutz vor sexuellen Delikten geht. So wurden einige Handlungen bisher nicht vom Strafrecht erfasst, obwohl sie eindeutig strafwürdig sind. Die Täter mussten bisher nicht mit Bestrafung rechnen.

In dieser Woche diskutierte das Parlament nun endlich den Gesetzentwurf, der mit diesem Zustand Schluss machen soll. In Zukunft sollen auch diejenigen bestraft werden, die überraschend sexuelle Handlungen an anderen vornehmen oder die Unfähigkeit zum Widerstand ausnutzen. Damit soll erreicht werden, dass solche Geschehnisse wie zu Silvester zukünftig ausbleiben und Opfer von Übergriffen zu ihrem Recht kommen. Allerdings geht mir der Entwurf noch nicht weit genug. Der Grundsatz „Nein heißt nein!“, der in der Istanbul-Konvention des Europarates beschlossen wurde, ist darin nicht enthalten. Während der weiteren Beratungen werden sich deshalb vor allem die Frauen in der SPD für weitere Änderungen einsetzen.

Wir geben den B1-Tunnel nicht auf

Nach dem Vorschlag des CSU-geführten Verkehrsministeriums wird der B1-Tunnel in Dortmund in den nächsten 15 Jahren weder weiter geplant noch gebaut. Allerdings wird die A40 vor und nach den bestehenden Ampeln auf der B1 auf sechs Fahrspuren ausgebaut. Das heißt, der Verkehr kommt schneller und massiver an den Ampeln zum Stillstand. Damit erzielt man keine Verbesserung des Verkehrsflusses! Vielmehr ist zu befürchten, dass es noch mehr Staus geben wird und dass Lärm- und Abgasbelastung weiter zunehmen. Deswegen setze ich mich weiterhin für eine bessere Einstufung des B1-Tunnels ein. In einem von mir initiierten Brief an die Landesgruppe NRW haben Ullrich Sierau, Nadja Lüders, Marco Bülow und ich uns für Dortmund eingesetzt. Ein weiterer Brief ging an den Verkehrsminister raus. Und am kommenden Dienstag werde ich das Thema gemeinsam mit Mitgliedern der Dortmunder SPD und der B1-Bürgerinitiative vor Ort besprechen.

Die Rente verbessern

„Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlt“, so steht es im Koalitionsvertrag. Daran müssen wir unseren Partner in der aktuellen Rentendebatte immer wieder erinnern. Für die SPD steht fest, dass derjenige, der sein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, im Alter auch gut von seiner Rente leben können muss.

Nach derzeitigen Berechnungen wird das Rentenniveau von aktuell 47,8% bis 2030 auf 43% absinken. Die niedrigen Zinsen schwächen die Riestervorsorge. Die Betriebsrente wird vor allem im Mittelstand nicht so stark genutzt, wie wir uns das wünschen. Deshalb müssen diese drei Säulen auf den

Prüfstand. Da gibt es keine schnellen Antworten und einfachen Lösungen. Darum wird Andrea Nahles im Herbst eine umfassende Bestandsaufnahme und Vorschläge als Diskussionsgrundlage dafür liefern, wie wir das Rentensystem verbessern und zudem zukunftssicher gestalten können.

Unsere Stahlindustrie stützen

Auf Initiative der SPD-Fraktion forderte der Bundestag die EU mit einem Antrag auf, die deutsche und europäische Stahlindustrie zu stützen. Derzeit wird Deutschland mit billigem Stahl aus China überschwemmt. Hintergrund ist, dass China deutlich mehr Stahl produziert als weltweit benötigt wird. Zudem wird der Stahl vom Staat subventioniert. Das setzt die deutschen und europäischen Stahlproduzenten immer mehr unter Druck und gefährdet zehntausende Arbeitsplätze. Gleichzeitig wird unsere Stahlindustrie durch europäische Umweltauflagen finanziell stärker belastet als Industrien in außereuropäischen Ländern. Ziel der Auflagen ist es, den CO₂-Ausstoß weiter zu reduzieren. Die deutschen Werke gehören allerdings weltweit bereits zu den effizientesten. Sie geraten durch höhere Kosten ins Hintertreffen und es besteht die Gefahr, dass in Zukunft in anderen Ländern Stahl hergestellt wird, deren Werke deutlich mehr CO₂ ausstoßen.

Allein im Ruhrgebiet arbeiten 48.000 Menschen in der Stahlindustrie. Viele in und um Dortmund leben von der Stahlherstellung. Bereits im März traf ich mich mit Vertretern von Thyssen Krupp in Dortmund, um über die Lage der deutschen Stahlindustrie zu sprechen. Die Sorge trieb bereits in diesem Jahr Zehntausende bei bundesweiten Großdemonstrationen auf die Straße.

Deutschland bekommt ein Integrationsgesetz

In der vergangenen Sitzungswoche einigten sich die Spitzen der Koalition auf ein lange von der SPD gefordertes Integrationsgesetz. Darin spielt Arbeit eine zentrale Rolle. So können diejenigen, die ohne Ausbildung zu uns kommen, diese hier nun absolvieren. Die sogenannte „3+2“-Regelung garantiert ihnen, dass sie während der Ausbildung nicht abgeschoben werden. Nach erfolgreichem Abschluss dürfen sie mindestens zwei Jahre in Deutschland arbeiten. Schutzsuchende können zudem schneller eine Ausbildungsförderung beantragen. Damit die Integration gelingen kann, ist neben dem Spracherwerb ein gemeinsames Verständnis von Werten in unserer Gesellschaft notwendig. Daher wird das Angebot an Integrationskursen verstärkt.

Integration ist eine große Herausforderung und verlangt beiden Seiten viel ab – von denen, die neu kommen, aber auch von denen, die schon hier leben. Deswegen unterstützt der Bund die Länder weiter beim sozialen Wohnungsbau mit jährlich 500 Millionen Euro zusätzlich. Bis 2017 stellt der Bund zudem eine Milliarde Euro mehr für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung. Diese Maßnahmen kommen allen zu Gute.

Steuerhinterziehung bekämpfen

Geld, das mit Hilfe von Briefkastenfirmen außer Landes geschafft wird, fehlt uns allen. Es fehlt beim Bau von Kitas, bei der Ausstattung von Schulen und

beim Bau von neuen Wohnungen. Deshalb ist es besonders verwerflich, dass Menschen mit sehr viel Geld von dubiosen „Steuerspar“-Modellen in Übersee Gebrauch machen. Tausende Deutsche werden in den sogenannten Panama-Papieren, die ein Journalistennetzwerk am 3. April offenlegte, aufgeführt. Sie profitieren von den Leistungen unseres Staates, wollen sich aber an der Finanzierung des Gemeinwohls nicht beteiligen.

Die SPD-Fraktion hat daher in einem Beschluss 20 Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche vorgestellt. Unter anderem fordern wir ein internationales Register, in dem Firmen, ihre Inhaber und deren wirtschaftlich Begünstigten verzeichnet sind. Damit sofort erkennbar ist, zu welchem Zweck die Firma gegründet wurde und wer von ihr profitiert. Wir wollen auch, dass Banken, die Beihilfe zur Geldwäsche und Steuerhinterziehung leisten, mit Sanktionen rechnen müssen. Es darf nicht sein, dass sich einige der Verantwortung für unsere Gesellschaft entziehen und andere Beihilfe leisten.

Ein alter Hut schützt fremde Staatshäupter

Unser Justizminister hat diese Woche den Entwurf zur Abschaffung des „Majestätsbeleidigungs-Paragrafen“ vorgelegt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Vertreter ausländischer Staaten ein eigenes Gesetz benötigen, um sich gegen Beleidigung zu wehren. Staatsoberhäupter können – wie andere Menschen auch – einen persönlichen Strafantrag wegen Beleidigung stellen, wenn sie es für nötig halten.

Ausgelöst hatte die Debatte um den Paragrafen 103 des Strafgesetzbuches ein Schmähedicht des Moderators Jan Böhmermann über den türkischen Präsidenten Erdogan im ZDF. Satire und Meinungsfreiheit sind in Deutschland vom Gesetz geschützt. Anders sieht es allerdings bei Beleidigung von Präsidenten aus. Hier droht aufgrund des Paragrafen aus dem Jahr 1871 eine Höchststrafe von drei bis fünf Jahren Haft. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Paragraf 103 schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird. Dies könnte auch Auswirkungen auf das Verfahren Böhmermann haben.

Sonntag ist 1. Mai – Tag der Arbeit. Es gibt viel, für das es sich lohnt, an diesem Tag auf die Straße zu gehen. Leiharbeit und Werkverträge sind noch immer nicht so geregelt, wie wir uns das wünschen. Wir fordern gleiches Geld für gleiche Arbeit. Und wir brauchen gute Renten. Ich werde auf jeden Fall an der Demonstration und dem Familienfest im Westfalenpark in Dortmund teilnehmen. Vielleicht sehen wir uns auch an der großen Bühne beim Quiz der Falken. Wenn wir Glück haben, ist am 1. Mai auch das Aprilwetter vorbei.

Bis bald, eure

Sabine